

2.1 Im Interesse der Verbraucher

Das 14-tägige Widerrufsrecht bei Krediten für nicht kaufmännisch tätige Privatpersonen ist kein Anlass zur Kritik sondern entspricht vernünftigen Zielen des Verbraucherschutzes. Seine Ratio besteht nicht nur und nicht einmal in erster Linie darin, den Verbraucher vor Überrumpelung oder falscher Beratung zu schützen. Vielmehr ermöglicht die Einräumung einer „cool off“-Periode dem Kreditnehmer, spontane und impulsive Geschäfte, die nicht im Einklang mit seinen langfristigen Interessen stehen, zu überdenken und innerhalb einer vernünftigen Frist von 14 Tagen rückabwickeln zu können. Dies gilt für Hypothekenkredite ebenso wie für Ratenkredite zur Finanzierung von Urlaubsreisen oder langlebigen Konsumgütern. Diese Schutznorm für den Verbraucher steht völlig im Einklang mit neueren verhaltensökonomischen Erkenntnissen, wonach spontane und impulsive Handlungen oft von langfristigen orientierten, rationaleren Entscheidungen abweichen und daher manchmal bereut werden. Rechtspolitisch ist diese Weiterentwicklung des Vertragsrechts zu begrüßen, denn sie führt zu einer höheren Quote von Verträgen, die im langfristigen und dauerhaften Interesse der Verbraucher liegen.

Das Widerrufsrecht versetzt den Kreditnehmer nach Abschluss des Vertrags wieder in eine vorvertragliche Lage, da er den Widerruf weder begründen, noch von einer Voraussetzung abhängig machen muss. Die einzige Rechtspflicht des Kreditnehmers besteht darin, den Widerruf gegenüber der Bank in schriftlicher Form innerhalb von 14 Tagen zu erklären. Er kann dies aus beliebigen Motiven tun, einschließlich des Motivs, niedrigere Zinsen eines Konkurrenten oder fallende Zinsen auszunutzen. Auch dies sehr weitgehende Recht sollte rechtspolitisch nicht

kritisiert, sondern begrüßt werden, da es dem Kreditnehmer die Möglichkeit erhält, über die Vorteilhaftigkeit des Geschäfts noch einmal völlig neu nachzudenken. Gehalten und gestützt wird die Ratio dieser Norm durch die kurze Widerrufsfrist von 14 Tagen, die es dem Kreditgeber leicht möglich macht, die geringen zusätzlichen Kosten dieser verbraucherenschutzrechtlichen Norm zu ermitteln und in die Zinsspanne einzupreisen.

2.2 Die Widerrufsbelehrung: Auf die Formulierung kommt es an

Hinsichtlich möglicher Kritikpunkte bezüglich der Widerrufsbelehrung der Bank sind drei Fälle zu unterscheiden:

1. Die Bank kann es gänzlich unterlassen haben, über die Widerrufsmöglichkeit zu belehren.
2. Die Bank kann einen ex ante klar erkennbaren Fehler begangen haben, der bei professioneller Formulierung des Belehrungstextes mit Sicherheit unterblieben wäre.
3. Die Bank kann in der Absicht, den Text für Mitarbeiter und Kunden verständlich zu formulieren und unter Einbezug professioneller Sachkunde einen Text formuliert haben, der in den Augen des BGH nicht in allen Einzelheiten vollständig, klar oder verständlich genug ist.

Die gesetzliche Folge ist in allen drei Fällen die gleiche, nämlich ein unbegrenztes Widerrufsrecht des Kreditnehmers. Dieses wird aber eingeschränkt, wenn der Kreditnehmer die Grundsätze von Treu und Glauben verletzt und sein Widerrufsrecht dadurch dem Verwirkungseinwand aussetzt.

2.3 Große Folgen minimaler Belehrungsfehler

Fast alle Fälle angeblich fehlerhafter Widerrufsbelehrungen im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten gehören in die dritte Kategorie, bei der eine übermäßige Sanktion schwerwiegende Fehlsteuerungen auslösen kann. Hier sind ex ante, d. h. wenn die Entscheidung über Sorgfaltsaufwendungen für die Abfassung der Widerrufsbelehrung getroffen werden, die Standards einer rechtsfehlerhaften Belehrung ungewiss. Sie werden erst später von den Gerichten präzisiert.

Diese Konstellation trat typischerweise bei Widerrufsbelehrungen auf, die minimal vom rechtlich geforderten Standard abwichen. Gesetz und Rechtsprechung schreiben Form, Inhalt und Gestaltungsweise der Widerrufsbelehrung in einer Weise vor, nach der laut einer Untersuchung der Hamburger Verbraucherzentrale nur etwa 5 % aller Verträge alle Kriterien in vollem Umfang erfüllen.

So muss die Widerrufsbelehrung sich vom übrigen Vertragstext deutlich hervorheben, etwa als gesondertes Formular oder in gefetteter Form, wobei letztlich noch unklar bleibt, wann genau dieses Kriterium erfüllt ist. Der Beginn der Frist muss präzise angegeben werden, darf jedoch nicht vor Aushändigung des Kreditvertrags oder des Kreditantrags liegen. Verwirrende, missverständliche oder ablenkende Formulierungen sind zu vermeiden. An dieser an sich vernünftigen Forderung ist bereits zu kritisieren, dass sie im Gegensatz zur Rechtsprechung steht. Denn diese bejaht eine ordnungsgemäße Belehrung stets dann, wenn die Bank sich sklavisch an den Wortlaut einer mehrseitigen und in die letzten Einzelheiten gehenden gesetzlichen Musterwiderrufsbelehrung hält, die selbst für Fachleute schwer zu verstehen ist und zu einer informationellen Überladung des Kunden führt. Versucht die Bank jedoch, dieses Textkonvolut in eine kürzere und verständlichere Form zu bringen, geht sie ein großes Risiko ein, fehlerhaft belehrt zu haben, selbst bei nur minimaler Abweichung vom Mustertext. Eine zu geringe Schriftgröße, das Fehlen von Zwischenabsätzen und sogar von Zwischenüberschriften kann zum Verstoß gegen das Deutlichkeitsgebot und damit zur Fehlerhaftigkeit der Belehrung führen.

Der gesetzliche Mustertext hat sich zudem seit 2002 sieben Mal verändert, ein Zeichen dafür, dass auch die Ministerialverwaltungen ihre Schwierigkeiten hatten, den Text korrekt zu formulieren. Hinzu kommt, dass selbst der gesetzliche Mustertext vom BGH als fehlerhaft angesehen wird. Die BGB-Informationspflichten-Verordnung vom September 2002 enthält den folgenden Text:

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform...widerrufen. Die Frist beginnt frühestens mit Erhalt dieser Belehrung....

Die in der Verordnung enthaltene Formulierung, wonach die Frist „frühestens mit Erhalt dieser Belehrung“ beginnt, wurde als zu unbestimmt angesehen. Ein Vertrauensschutz für die Banken, die einen identischen Text verwendet und sich genau an die Verordnung gehalten hatten, wurde aber von den Gerichten nur für jene Fälle bejaht, in denen der Wortlaut der Verordnung auch an anderer Stelle für den Text der Widerrufsbelehrung nicht geändert worden war.

Die Verordnung enthält zudem über mehrere Seiten weitere Textbausteine, die sich auf Ratenkreditkäufe beziehen, sowie auf paket- und nichtpaketfähige Sachen,

auf Versandkosten, Kosten der Rücksendung von Waren, Sonderregelungen bei bereits erbrachten Dienstleistungen, Sonderregelungen für Kreditnehmer, die der deutsche Sprache nicht mächtig sind, Rückzahlungsmodalitäten für den Fall, dass das Darlehen bereits ausgezahlt wurde, Verbundverträge und anderes mehr. Es obliegt den Banken, Volksbanken und Sparkassen, aus dem Konvolut von Textbausteinen einen Wortlaut der Widerrufsbelehrung zu erstellen.

Viele Banken haben einen Wortlaut formuliert, der zwar in den zentralen Passagen (siehe oben) genau der Verordnung folgt, aber in den Ausführungen über die Widerrufsfolgen und finanzierten Geschäfte (z. B. Verbundgeschäfte) teilweise eigenständig formuliert ist. Dies geschah in der Absicht, den Sachbearbeitern einen handhabbaren, für die Kundenberatung verständlichen Text zur Verfügung zu stellen. Der Text der Belehrung konnte zum Beispiel dadurch auf ein Formular von einer Seite Umfang abgedruckt werden. Weder ist aus den verwendeten Texten ein Verstoß gegen klare Vorschriften noch gar eine Manipulationsabsicht herauszulesen. Sie sind vielmehr von dem Bemühen getragen, einen für Mitarbeiter und Kunden nachvollziehbaren Text zu formulieren.

Dieser Text entsprach jedoch teilweise nicht den hohen Anforderungen, welche die Gerichte anlegten – mit der Rechtsfolge, dass sich die Widerrufsfrist entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes auf einen unbegrenzten Zeitraum ausweitete. (§ 355 (4) BGB).

Dies hatte zur Folge, dass eine große Zahl der Widerrufsbelehrungen der Banken zwischen den Jahren 2002 und 2010 Ansatzpunkte für formelle Kritik boten und auf Seiten der Kreditnehmer zu einem zeitlich unbegrenzten Widerrufsrecht führen könnten, sofern sie dies einforderten. Diese mögliche Rechtsfolge erweist sich nun als Instrument, mit dem der Kreditnehmer der Bank alle Risiken der langfristigen Zinsbindung zuweisen und gleichzeitig alle Vorteile voll in Anspruch nehmen könnte.

Bereits minimale Abweichungen von der vorgegeben Formulierungsnorm können also ausreichen, um das „ewige“ Widerrufsrecht einzufordern. Wie bereits erwähnt, sind die Auswirkungen dieser Rechtsprechung unproblematisch, solange die Marktzinsen über die Laufzeit eines Kredits gegenüber dem Vertragszins entweder ansteigen oder konstant bleiben. Wenn aber die Zinssätze, wie in den letzten beiden Jahren geschehen, auf ein Allzeittief absinken, müssen Banken ihr teuer refinanziertes Kapital zu niedrigen Zinsen für die Restzeit des Darlehens ausleihen und machen entsprechende Verluste. Ähnlich wie entsprechend der Chaostheorie der Flügelschlag eines Schmetterlings in China einen Hurrikan in Amerika auslösen kann, könnte ein winziger Formfehler in einem Formular in Verbindung mit sinkenden Zinssätzen somit zu nicht unerheblichen Vermögensverschiebungen führen.

Die Auswirkungen, die dadurch entstehen, haben mit einem vernünftigen Verbraucherschutz nichts mehr zu tun. Die Ratio des Widerrufsrechts ergibt sich gerade daraus, das dieser aus zwei Dimensionen, nämlich einer inhaltlichen und einer zeitlichen Komponente, besteht. Die inhaltliche Dimension hebt den Grundsatz „pacta sunt servanda“ für den Verbraucher vollständig auf. Dies ist rechtspolitisch gewollt und zu begrüßen, solange es bewirkt, dass eine vertragliche Bindung nicht nur einem spontanen Impuls sondern langfristigen Interessen des Kunden dient. Dies gewährleistet die zeitliche Dimension des Widerrufsrechts mit der Begrenzung auf 14 Tage. Gegenüber Konsumenten wird daher mit dem Widerrufsrecht der Gedanke der Vertragstreue nicht etwa aufgehoben oder verwässert, sondern wegen der Vermeidungsmöglichkeit von Impulsgeschäften sogar auf eine solidere rechtspolitische Grundlage gestellt. Ein zeitlich unbegrenztes Widerrufsrecht bei minimalen und ex ante nicht klar erkennbaren Belehrungsfehlern führt hingegen dazu, dass die vom Gesetzgeber gewollte, auf 14 Tage begrenzte Willkürmacht der Kreditnehmer unbegrenzt wird und diese alle Vorteile des Vertrags genießen, die Risiken aber auf die Bank übertragen können.

Dadurch treten ungewollte Wirkungen auf. Übermäßige Sanktionen führen in diesen Fällen unklarer Sorgfaltsstandards stets zu übermäßigen Sorgfaltsaufwendungen, zu Fehlervermeidungsperfektionismus und zu wirtschaftlich abzulehnenden Defensivstrategien. Sie führen außerdem dazu, dass die Kosten der fehlerhaften Belehrung auf die Preise überwälzt werden, sobald der Überraschungseffekt einer gänzlich unerwarteten Rechtsprechung vorbei ist. Dann müssen alle Bankkunden in Form höherer Zinsspannen dafür einstehen, dass ein Teil der Kreditnehmer sich opportunistisch verhält.

Widerruf bei Hypothekenkrediten

Wer schützt uns vor diesem Verbraucherschutz

Schäfer, H.-B.

2015, IX, 21 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07572-9